

# Unterschiedliche Pfade – gleiche Herausforderungen: Deutsche und dänische Wohlfahrtskapitalismen im Wandel

Claudia Bogedan

Dänemark und Deutschland haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihre Wohlfahrtsstaaten erheblich umgestaltet. Dieser institutionelle Wandel bleibt jedoch nicht ohne Effekt auf die gesamte wohlfahrtsstaatliche Ordnung. Dabei besteht die Gefahr, dass der Wandel einzelner Institutionen die Kohärenz des Gesamtsystems untergräbt und damit der Leistungsfähigkeit schadet, statt sie zu verbessern. Der Beitrag vergleicht die Entwicklungen in beiden Ländern seit 2000 und im EU-15-Vergleich. Trotz ähnlicher Entwicklungen ist es in beiden Ländern in unterschiedlichem Maße gelungen, zu passförmigen und pfadangepassten Veränderungen zu kommen.

## 1 Einleitung

In allen Wohlfahrtsstaaten Europas existieren Marktregulierungen und soziale Rechte für die Individuen, die dafür sorgen, dass ein Schutz vor den wesentlichen Lebensrisiken – Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit – besteht. Ungeachtet dessen haben sich in allen demokratischen und sozialen Staaten Elemente des „Marktkorrigierens“ und des „Marktschaffens“ entwickelt. Die Staaten ermöglichen somit eine freie Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise z. B. durch das Wettbewerbsrecht oder die Bereitstellung von Infrastruktur und korrigieren zugleich schädliche oder politisch ungewollte Marktergebnisse z. B. durch die Sozialversicherung oder das Steuerrecht (vgl. Bogedan et al. 2007). Dabei haben die Wohlfahrtsstaaten jedoch in ihrer Geschichte verschiedene institutionelle Strukturen und politische Strategien entwickelt, die sich zu unterschiedlichen Modellen verdichtet haben. Diese nationalen Wohlfahrtsstaatsarrangements sind das Resultat historisch-ökonomischer Entwicklungen, kulturell gewachsener Wertvorstellungen, nationaler Krisen und nicht zuletzt politischer Machtkonstellationen.

Dabei bedingen und ergänzen sich im besten Fall die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen in den Nationalstaaten und ergeben ein kohärentes Gesamtarrangement. Das kohärente Zusammenwirken der unterschiedlichen institutionellen Mechanismen wirkt sich positiv auf die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften aus. Sie funktionieren im Zusammenspiel mit informellen Regeln und Praktiken, die sich über die Zeit

entwickelt haben und das Verhalten der beteiligten Akteure beeinflussen (Hall/Soskice 2001, S. 13). Diese machen das Verhalten des Gegenübers kalkulierbar und reduzieren damit Entscheidungskosten.

In Deutschland hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Wohlfahrtsstaatsarrangement entwickelt, das den männlichen Industriearbeiter zur institutionellen Norm erhob und dauerhafte, kollektivvertraglich regulierte Beschäftigungsverhältnisse zur Grundlage betrieblicher Strategien machte. Sie waren auf Langfristigkeit orientiert und entwickelten ihre Stärke in Prozessinnovationen und der Produktion von „high quality, high value-added“ Gütern – basierend auf korporatistischen Verhandlungsinstitutionen, betrieblichen Mitbestimmungsrechten und Ausbildungssystemen, Beschäftigungsschutz und koordinierten Lohnverhandlungen.

Der sich seit mehreren Jahrzehnten vollziehende gesellschaftliche Transformationsprozess hat allerdings die Art und Weise, wie gewirtschaftet und gearbeitet wird, grundlegend gewandelt (Doogan 2009). In der neuen ökonomischen Konstellation schien der Wettbewerbsvorteil des „Modell Deutschland“ zum Nachteil zu werden. Die neue Rolle der Finanzmärkte veränderte zudem die Produktionsweise in der Realökonomie. Die Unternehmen orientierten sich auf Strategien mit kurzfristiger Profitmaximierung und Renditesteigerung (Windolf 2005). Dies blieb nicht ohne Folgen für die Beschäftigungsverhältnisse. Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis und die damit verbundenen arbeits- und sozialrechtlichen Regulierungen erodierten. In der internationalen Debatte geriet das deutsche Modell in die Kritik, da es auf die Veränderungen in der Arbeitswelt durch den

sozioökonomischen Strukturwandel und die soziale Modernisierung keine passförmigen Lösungen zu finden schien (Esping-Andersen 2002, S. 16f.; Manow 2002).

Dänemark dagegen weckte das internationale Interesse als Vorbild auf dem Weg zu internationaler Wettbewerbsfähigkeit mit einem hohen Maß an sozialer Sicherheit (vgl. beispielsweise Aho et al. 2010; Auer/Cazes 2003; Campbell/Pedersen 2007; Linke-Sonderegger 2009). Ende 2008 wurde Dänemark zwar hart vom Einbruch der Weltwirtschaft infolge der Finanzmarktkrise getroffen. Zu diesem Zeitpunkt blickte das Land jedoch auf eine mehr als ein Jahrzehnt anhaltende Wachstumsphase zurück.

Im Jahr 2000 verständigten sich die europäischen Wohlfahrtsdemokratien im Rahmen der sogenannten Lissabon-Strategie auf einen gemeinsamen Reformkorridor zur Herstellung globaler Wettbewerbsfähigkeit. Die Reformmuster variieren dennoch erheblich zwischen den Ländern, weshalb die Analyse dieser jüngeren Reformen europäischer Wohlfahrtsstaaten lange Zeit geprägt war von der Frage, ob die Reformen zu einer Annäherung der Länder an einen gemeinsamen Pfad führten (z.B. Starke et al. 2008). Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass selbst bei ähnlichen Reformen die Veränderungen durch nationale Wohlfahrtsstaatsarrangements

Claudia Bogedan, Dr., leitet die Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Skandinavien, lebenslauforientierte Beschäftigungsgestaltung.  
e-mail: claudia-bogedan@boeckler.de

bzw. durch unterschiedliche politisch-institutionelle Bedingungen in den Ländern und den einzelnen Programmen gefiltert werden. Zu hinterfragen ist daher, ob beim Wandel einzelner Institutionen die Kohärenz der gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung untergraben wird, wenn eine mangelnde Passformigkeit zwischen Reformen und bestehenden institutionellen Regulierungen besteht. Da die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen in ihrer Gesamtheit auf das Verhalten der Individuen und Unternehmen wirken, müssen Interdependenzen zwischen Regulierungen innerhalb eines und zwischen unterschiedlichen Teilsystemen bei Reformen berücksichtigt werden. Denn der Wandel von Institutionen in einem bestimmten Bereich von Sozialstaatlichkeit wird folglich auch Effekte in anderen Bereichen produzieren.

Der Beitrag diskutiert daher zunächst die Bedeutung institutioneller Komplementaritäten (Abschnitt 2), um anschließend im Vergleich der Entwicklungen in Dänemark und in Deutschland die seit 2000 erfolgten Wohlfahrtsstaatsreformen nachzuzeichnen. Anhand der Entwicklung von Indikatoren zur wirtschaftlichen Leistung sowie ausgewählter Merkmale von Sozialstaatlichkeit wird die dänische und deutsche Performanz in Relation zu den EU-15 Ländern analysiert. Dabei wird deutlich, dass in Deutschland die Verbesserung der ökonomischen Performanz zulasten der sozialen Kohäsion ging. In Dänemark verlief diese Entwicklung zwar gemäßiger, doch könnten die Nachwirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in Zukunft zu Spaltungen führen (Abschnitt 3). Abschnitt 4 zieht ein Fazit.

## 2

### Theorie institutioneller Komplementarität

In der vergleichenden Wohlfahrtsstaats- und Kapitalismusforschung werden die institutionelle Ausgestaltung und die Leistungsprofile der kapitalistischen Länder in unterschiedlichen Typologien verdichtet. Während Michel Albert (1992) für den deutschen Pfad den Begriff des „Rheinischen Kapitalismus“ aufgriff, hat sich in der internationalen Literatur die Unterscheidung von Peter A. Hall und David Soskice (2001) der koordinierten und liberalen Marktökonomien durchgesetzt. In Bezug auf die un-

terschiedliche Ausgestaltung der Systeme sozialer Sicherung hat sich zudem die Typologie von Gösta Esping-Andersen (1990) etabliert, wonach sich drei Typen von Wohlfahrtsstaaten unterscheiden lassen – liberale, konservative und sozialdemokratische. In den unterschiedlichen Typologien stehen somit unterschiedliche Aspekte der Wohlfahrtskapitalismen im Fokus. Die vergleichende Forschung versuchte dabei sowohl die Entstehung unterschiedlicher Systeme zu erklären als auch ihren Effekt für die Resultate (*outputs*) und Wirkungen (*outcomes*) von Politiken zu analysieren.

Die folgenden Ausführungen widmen sich dem Ansatz von Hall/Soskice (2001) mit seinem Fokus auf die Komplementarität der politisch-ökonomischen Institutionen und die Leistungsfähigkeit kapitalistischer Gesellschaften. Denn hier ist der Bezug zur Frage institutioneller Kohärenz unmittelbar, da die Wechselwirkung und Koordination unterschiedlicher Teilbereiche im Zentrum der Betrachtung stehen. Zwar messen die Autoren nicht Systemkohärenz, sondern Systemleistung. Doch ist Kohärenz bzw. Komplementarität hierfür Voraussetzung.

Im Zentrum ihrer Betrachtung stehen allerdings nicht die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen an sich, sondern Unternehmen und ihre Strategien. Fünf Sphären strukturieren deren Beziehungen untereinander, um die jeweilige Koordinationsnotwendigkeit zu optimieren:

- der Bereich der industriellen Beziehungen, in dem Löhne und andere Arbeitskonditionen ausgehandelt werden;
- die Organisation der beruflichen Aus- und Weiterbildung;
- die Sphäre des Finanzsystems;
- die Regulation der Beziehungen zwischen den Unternehmen und
- die Beziehung zu den eigenen Beschäftigten.

Zur optimalen Koordination dieser Teilbereiche wählen Unternehmen unterschiedliche Interaktionsmodi: sie koordinieren sich entweder über marktvermittelte Konkurrenz oder über strategische Interaktion mit anderen Akteuren. Länder, in denen die marktvermittelte Konkurrenz vorherrscht, bezeichnen die Autoren als liberale Marktökonomie (LMÖ); Länder, in denen Unternehmen strategische Interaktion zur Koordination nutzen, als koordinierte Marktökonomien (KMÖ). Während ko-

ordinierte Marktwirtschaften durch korporatistische Verhandlungsinstitutionen, betriebliche Mitbestimmungsrechte und Ausbildungssysteme, Beschäftigungsschutz und koordinierte Lohnverhandlungen gekennzeichnet sind, sind in unkoordinierten Marktwirtschaften stattdessen marktzentrierte Beziehungen, dezentralisierte Tarifverhandlungen, geringer Kündigungsschutz und unterentwickelte Systeme der betrieblichen Berufsbildung vorherrschend.

Hall und Soskice berücksichtigen dabei auch kulturelle Elemente, die auf informelle Regeln und gewachsene „Traditionen“ zurückgehen. Denn diese schaffen Erwartungssicherheit bei den handelnden Akteuren und beeinflussen damit Handeln ebenso wie die formalen Strukturen und Entscheidungsverfahren. Strategien entwickeln sich auf der Grundlage eingespielter Verhaltensmuster und ermöglichen somit die Lösung (politischer) Entscheidungskonflikte.

Veränderungen in der institutionellen Gestalt können daher Störungen dieser geteilten Erwartungen verursachen und entsprechend Friktionen produzieren. Auch verursacht die Notwendigkeit der Koordination mit Unternehmen aus Nationen mit anderen Traditionen im Zuge einer globalen, ökonomischen Vernetzung Fragmentierungen, also ein Auseinanderfallen von Institutionen und sozialen Praktiken. Dies wirkt sich folglich auch auf die allgemeinen politisch-institutionellen Rahmenbedingungen aus, in die die genannten fünf Sphären eingebettet sind. Deutschland und Dänemark unterscheiden sich dabei erheblich, obgleich es sich in beiden Ländern um ausgebaute Sozialstaaten mit hohem Schutzniveau und einer ausgeprägten sozialpartnerschaftlichen Tradition handelt.

Dänemark wäre in der Hall/Soskice-Klassifizierung ein Mischtyp, der somit weniger erfolgreich sein müsste als die Reintypen. Dies steht im Widerspruch zur Beobachtung, dass es Dänemark bereits Ende der 1990er Jahre gelungen war, den Wohlfahrtsstaat zu modernisieren und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ausgehend von dieser Beobachtung haben John L. Campbell und Ove K. Pedersen (2007) die dänische Arbeitsmarkt- und Industriepolitik sowie das System beruflicher Bildung in Dänemark näher untersucht. Sie kommen zu dem Schluss, dass weniger die Nähe zu den Reintypen LMÖ oder KMÖ über den Erfolg entscheidet als bestimmte institutionelle Mechanismen, die zum „dänischen

Erfolg“ beigetragen haben. Das erfolgreiche Zusammenspiel einzelner Teilbereiche, das im Mittelpunkt des Ansatzes über die Spielarten des Kapitalismus steht, ist demnach nicht notwendigerweise auf marktvermittelte Konkurrenz vs. strategische Interaktion zu reduzieren. Es lassen sich andere praktikable Formen des Zusammenspiels der unterschiedlichen Sphären denken. Die Diskussion um „Flexicurity“ in Dänemark (Bogedan 2009) verweist auf die gelungene Verbindung liberaler Elemente (wie die hohe Arbeitsmarktmobilität, der geringe Kündigungsschutz; vgl. Aho et al. 2010) und institutioneller Merkmale der KMÖ (umfassende und von Gewerkschaften organisierte Arbeitslosenversicherung und umfassendes System aktivierender Arbeitsmarktpolitik durch Weiterbildungs- und Schulungsangebote).

## 3

### Deutschland und Dänemark im Vergleich

Dänemark und Deutschland haben beide eine ausgeprägte Sozialstaatstätigkeit. Die Sozialschutzausgaben sind in beiden Ländern – mit um die 29,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Dänemark und 27,8 % in Deutschland (Werte für 2008, Eurostat) – ähnlich hoch. Insgesamt liegt die dänische Staatsquote mit 58,5 % des BIP im Jahr 2010 über der deutschen (47,9 %, Eurostat). Staatliche Aktivität macht in Dänemark also mehr als die Hälfte der wirtschaftlichen Gesamtleistung aus. Unterschiede ergeben sich auch bei der Verwendung der Ausgaben. Dänemark investiert mehr in Bildung und Gesundheit, d. h. in die dienstleistungsintensiven Sozialstaatsaktivitäten (Heintze 2007). Die Beschäftigungsentwicklung in Dänemark ist daher das Ergebnis nicht nur des privaten Sektors, sondern auch des öffentlichen Beschäftigungsbereichs (ebd.). In Deutschland dagegen wurde der öffentliche Dienst in den vergangenen zwei Dekaden um fast ein Drittel der Beschäftigten zurückgebaut (Statistisches Bundesamt 2010). Auch die Finanzierung der Systeme sozialer Sicherung und deren Organisation unterscheiden sich. In Deutschland handelt es sich um parafiskalische, selbstverwaltete und überwiegend beitragsfinanzierte Sozialversicherungen, deren sozialer Schutz an die vorherige Arbeitsmarktteilhabe gebunden

ist und deren Leistungen am vorherigen Einkommen orientiert sind. In Dänemark sind die Sicherungssysteme steuerfinanziert und der Leistungszugang besteht für alle Wohnbürger. Die Leistungen sind besonders generös für niedrige Einkommen und verlaufen aufgrund von Deckelungen degressiv.<sup>1</sup> Im Folgenden sollen die unterschiedlichen Reformpfade ausgehend von diesen divergierenden institutionellen Ausgangsbedingungen beschrieben werden.

#### 3.1 DER DEUTSCHE PFAD

Bereits seit den 1980er Jahren bestimmt in Deutschland die Rede von der Krise des Sozialstaats die wissenschaftliche und politische Debatte. Seit dem Ende des Einheitsbooms Anfang der 1990er Jahre kamen die finanziellen und beschäftigungspolitischen Belastungen der Deutschen Einheit hinzu. Trotz kleinerer Reformen in den 1980er und 90er Jahren blieben die grundlegenden Systemmerkmale der bundesdeutschen Sozialversicherung in dieser Zeit jedoch unberührt. Die Sozialversicherungen blieben im Kern Sicherungssysteme der abhängig Beschäftigten, die über Beiträge finanziert werden.

Die Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Dekade konzentrierte sich auf die Bekämpfung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit über eine schnelle Erwerbsintegration, indem der Druck auf die Arbeitssuchenden zur Arbeitsaufnahme erhöht wurde. In Bezug auf die Verteilung der Mittel für Arbeitsmarktpolitik hat es jedoch keine fundamentalen Verschiebungen zugunsten der aktiven Arbeitsmarktpolitik gegeben. Die mit den Hartz-Gesetzen durchgeführten Änderungen der Lohnersatzleistungen markieren einen Paradigmenwechsel im System der sozialen Sicherung, da nun bereits nach einer Dauer von einem Jahr Arbeitslosigkeit die Arbeitnehmer ihren Anspruch auf am ehemaligen Einkommen orientierte Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld I) verlieren. Sie erhalten dann lediglich eine von Bedürftigkeitsprüfungen abhängige Grundsicherung (Arbeitslosengeld II).

Ab 2007 gelang eine Trendumkehr bei der Beschäftigungsentwicklung, die auch durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise (bis dato) nur kurzfristig eingetrübt wurde. Auch wenn sich die deutsche Volkswirtschaft seit dem 2. Quartal 2008 in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit befand, reagierte der Arbeits-

markt deutlich verhaltener als zunächst prognostiziert. Insbesondere der Beschäftigungsabbau und spiegelbildlich der Anstieg der Arbeitslosigkeit verliefen moderater als in vielen anderen europäischen Ländern. In Deutschland waren die gute Ausgangssituation für die deutsche Exportwirtschaft (vgl. Hübner und Lehnendorff in diesem Heft), die Stimulation der Nachfrage durch die Bundesregierung wie auch das Instrument der Kurzarbeit sowie flexibler Arbeitszeitmodelle in den Betrieben die zentralen Faktoren für diese Entwicklung. Durch die Möglichkeit, über die Arbeitszeit das Arbeitsvolumen der Kernbelegschaften „atmen“ zu lassen, konnten Anpassungen über den externen Arbeitsmarkt, d. h. die Notwendigkeit, Beschäftigte entlassen zu müssen, vermieden werden (Logeay/Herzog-Stein 2009). Im internationalen Vergleich wird der deutsche Arbeitsmarkt gemäß einem Indikator der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD-Indikator für Beschäftigungsschutz) zwar als besonders inflexibel charakterisiert, doch zeigt sich im internationalen Vergleich auch, dass die Instrumente interner Flexibilität in der Bundesrepublik besonders stark ausgeprägt und Bestandteil einer spezifischen Arbeitsmarktregulierung sind, die Kontinuität und langfristige Sicherung von Qualifikationen zum Ziel hat. Gleichzeitig waren seit 2000 durch die Ausweitung atypischer Beschäftigung, insbesondere von Leiharbeit und Befristung, auch die Möglichkeiten der externen Flexibilität vergrößert worden. Für diese atypisch Beschäftigten existiert zudem nur ein unzureichender sozialer Schutz, da die institutionelle Ausgestaltung der Sozialversicherung mit ihrer Erwerbsbezogenheit nicht zu brüchigen und diskontinuierlichen Erwerbsbiografien passt. Hinzu kommt ein Anwachsen der Lohnspreizung durch die bewusste Förderung eines Niedriglohnssektors.

Die Reformen, die vor allem den Zielen eines Rückbaus der Massenarbeitslosigkeit sowie der Haushaltskonsolidierung und damit verbunden einer Begrenzung der Sozialausgaben folgten, haben folglich die mit dem „Rheinischen Kapitalismus“ verbundenen Steuerungs- und Regulationsmodi aufgeweicht.

<sup>1</sup> Eine ausführliche Darstellung der dänischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik findet sich in Obinger et al. (2010, S. 80ff.) sowie eine ideengeschichtliche Verortung in Jochem (2011).



### 3.2 DER DÄNISCHE PFAD

Auch Dänemark hatte von Mitte der 1970er Jahre bis Mitte der 90er Jahre mit einem kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Ende der 1990er Jahre gelang es jedoch, die Arbeitslosigkeit erheblich zu reduzieren. Das dänische „Beschäftigungswunder“ (Schwartz 2001) wurde durch die Einführung einer Reihe von Aktivierungsmaßnahmen unterstützt. Die Reformen unter dem Motto „Rechte und Pflichten“ verkürzten die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und erhöhten den Zwang zur Arbeitsaufnahme. Doch gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildungsförderung ausgebaut. Die Teilnahme an Aktivierungsmaßnahmen konnten von den Arbeitslosen im Rahmen eines individuellen Handlungsplans (IHP) selbst mitgestaltet werden. Diese Maßnahmen betreffen zuvorderst die versicherten Arbeitslosen. Obwohl die dänische Arbeitslosenversicherung freiwillig ist, sind mehr als drei Viertel der Beschäftigten versichert. Die Arbeitslosenversicherungen werden überwiegend von den Gewerkschaften organisiert (Ghent-System), was gemeinhin als eine der Ursachen für den hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Dänemark gilt.<sup>2</sup>

Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und der boomenden Wirtschaft wuchs gegen Ende der 1990er Jahre die Sorge um eine Arbeitskräfteknappheit. Aus diesem Grund wurden Maßnahmen, die die Arbeitslosen von der Arbeitsaufnahme abhalten könnten, eingestellt sowie die zuvor zur Reduktion des Arbeitsangebotes eingesetzten Frühpensionierungsregelungen eingeschränkt. Diese Arbeitsmarktreformen in den 1990er Jahren waren begleitet von einer keynesianisch inspirierten expansiven Staatstätigkeit. Dazu wurden gleichzeitig die Investitionen erhöht und die Fiskalpolitik gelockert. Zeitgleich zu den Arbeitsmarktreformen trat eine Steuerreform in Kraft, die Lohneinkommen geringer besteuerte und zusätzliche „Öko-Steuern“ einführte (Nannestad/Green-Pedersen 2008). Ziel war es, die verfügbaren Einkommen zu erhöhen. Aus diesem Grund wurden ebenfalls Kredite für Wohneigentum begünstigt. Die inländische Nachfrage war somit einer der Motoren des dänischen Wachstums. Auf diese Weise konnten seit 1997 im Staatshaushalt Überschüsse erzielt und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden. Der allgemeine Wirtschaftsaufschwung

auf den Weltmärkten im Verlauf der 1990er Jahre trug ferner dazu bei, dass zusätzlich zur Stimulation der Binnennachfrage über die fiskalpolitischen Aktivitäten auch der Export verbessert werden konnte, was bereits 1994 zu einem Wachstum des BIP von 3,5 % führte (Madsen 2007). Aufgrund der positiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktdynamik gelang es ab Ende der 1990er Jahre, das Staatsdefizit abzubauen.

Die expansive Wirtschaftspolitik wurde ab der Jahrestausendwende jedoch drastisch zurückgenommen. Mit dem Amtsantritt der ab 2001 regierenden liberal-konservativen Koalition standen der Abbau der Steuerlast und ein Rückbau der Sozialstaatsquote zunächst auf der Agenda. Die Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wurden im Sinne einer „work first“-Strategie (Linke-Sonderegger 2009) verschärft. Dazu wurden, erstens, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung weiter gekürzt. Auch wenn der nominale Lohnersatz nicht gesenkt wurde, wurden die Leistungen an die jüngeren Arbeitslosen (bis 25 Jahre) eingeschränkt. Außerdem wurden, zweitens, die Voraussetzungen für den Leistungsbezug stärker konditionalisiert. Verstöße sollten von den Behörden stärker geahndet werden. So konnte bereits bei der ersten Ablehnung eines Angebots eine Sperrung des Leistungsbezugs verhängt werden. Und drittens, wurde der Kontakt zu den Arbeitslosen intensiviert. Dazu sollte wenigstens alle drei Monate ein Gespräch zwischen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen stattfinden und dieser Kontaktverlauf stärker den individuellen Bedürfnissen angepasst werden. Der Arbeitsvermittlung kam nun ein neues Gewicht zu, was durch eine Öffnung hin zu nicht-staatlichen Akteuren betont wurde (Bredgaard/Larsen 2007). Oblag zuvor die Vermittlung der versicherten Arbeitslosen der staatlichen Arbeitsvermittlung (AF) und die der Nicht-Versicherten den Kommunen, so konnten nun auch private, anerkannte Arbeitsvermittlungen ihre Leistungen anbieten, die von den Kommunen auf Erfolgsbasis bezahlt werden. Außerdem wurde mit der 2007 durchgeführten Kommunalreform ein einsträngiges System implementiert, bei dem sowohl die freiwillige Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe bei den Kommunen unter einem Dach bei getrennten Geschäftsbereichen zusammengebracht wurden (Bredgaard et al. 2005). Dies bedeutete de facto eine Einschränkung des Einflusses der

Arbeitslosenversicherung. Zugleich wurde das enge Band zwischen Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung durch die Öffnung für andere Anbieter gelockert (Madsen 2007). Insgesamt wurde auch die Einbindung der Sozialpartner in den vormals am Konsens orientierten Prozess der Politikgestaltung zurückgedrängt.

2008 wurde Dänemark stark von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen. Im 1. Quartal 2008 verzeichnete Dänemark ein Negativwachstum von über einem Prozent. Die Arbeitslosigkeit, mit zu dieser Zeit knapp über 3 % auf einem historischem Tiefststand, kletterte auf fast 5 % im 1. Quartal 2009 und wuchs im Verlauf des Jahres 2009 weiter auf 7,7 % im 4. Quartal (Eurostat 2010). Entsprechend brach das Arbeitsvolumen in dieser Zeit ein. Anders als in Deutschland (vgl. Abschnitt 3.1) ist dies vor allem auf die Entlassung von Beschäftigten zurückzuführen, was den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit erklärt (Ibsen et al. 2011). Die dänische Regierung versuchte zwar mit dem Instrument der *Arbejdsfordelingsordning* (Arbeitsteilungsverordnung) den Arbeitsausfall abzufedern, doch wurde das Instrument nur von einem Bruchteil der Beschäftigten genutzt. Die Arbeitsteilung ermöglichte, die Zahl der individuellen Arbeitsstunden zu senken, sodass die Unternehmen die entsprechenden Arbeitskosten einsparen. Die Ausfallkosten der Beschäftigten wurden bis zur Höhe des Arbeitslosengeldes aus der Arbeitslosenversicherung für maximal zwei mal 13 Wochen übernommen (Ibsen et al. 2011). Auf den Arbeitgeber entfielen keine Kosten. Aufgrund des niedrigen Kündigungsschutzes waren die Opportunitätskosten der Betriebe bei Entlassungen nicht sehr hoch, sodass die Betriebe diese Variante vorzogen (Schmitt 2011).

Als Folge der Wirtschaftskrise standen bei der jüngsten Folketingswahl am 15.09.2011 wirtschafts- und beschäftigungspolitische Themen für eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im Fokus und lösten vormals relevante Themen wie „Flüchtlinge und Einwanderer“ ab (Berlingske Tidende 2011). Dieser Stimmungswechsel führte zu einem Regierungswechsel von der liberal-konservativen Regierungskoalition hin zu einem Links-Bündnis unter Führung der Sozialdemokraten. War es

<sup>2</sup> Dänemark ist das am stärksten gewerkschaftlich organisierte Land in Europa (Ebbinghaus et al. 2011, S. 115).

den Liberalen zuvor gelungen, ihr Image als Anti-Wohlfahrtsstaatspartei abzulegen, indem sie Steuersenkungen bei gleichzeitig hohen Sozialschutzausgaben realisierten, verloren sie nun an Unterstützung für ihre Krisenpolitik (Munkøe 2011, S. 5). Im Wahlkampf propagierten sie insbesondere Kürzungspolitiken, um den Staatshaushalt zu konsolidieren. Das Links-Bündnis um die Sozialdemokraten setzte sich dagegen für öffentliche Investitionsprogramme, eine Ausweitung der Bildungsausgaben sowie eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde zur Ausweitung von Steuereinnahmen ein (ebd., S. 6).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass, obwohl einige Leistungen im Untersuchungszeitraum gekürzt wurden und einige der Regimecharakteristika nicht mehr so deutlich ausgeprägt sind wie zu Beginn des Untersuchungszeitraums, zentrale institutionelle Charakteristika der Wirtschafts- und Sozialordnung bewahrt wurden. Der Staat hat sich seine umfassende Rolle in der Wohlfahrtsproduktion bewahrt, allerdings hat die Reformdynamik nach der Jahrtausendwende (wie auch in Deutschland) stärkere Veränderungen gebracht, die auch die Organisation der sozialen Sicherheit betrafen, indem neue, private Akteure in die Erbringung von Sozialleistungen einbezogen wurden. Gleichzeitig ist eine weitestgehende Stabilität des Flexicurity-Modells zu beobachten (Jørgensen 2011).

### 3.3 VERGLEICH

Der kursorische Überblick über die unterschiedlichen Reformpfade hat gezeigt, dass die wohlfahrtsstaatlichen Reformen in Dänemark wirtschafts- und sozialpolitisch anders eingebunden waren als die vergleichbaren Reformen in Deutschland. Entlang von 14 wohlfahrtskapitalistischen Dimensionen soll im Folgenden die relative Position der beiden Länder innerhalb der EU-15-Staaten im Jahr 2000 und 2009 verglichen werden. Um möglichst ähnliche Länder zu vergleichen und auch den Vergleich über Zeit zu ermöglichen, wurde die Analyse auf die 15 Mitgliedstaaten im Jahr 2000 begrenzt.<sup>3</sup>

Die Dimensionen wurden in Anlehnung an die fünf Sphären des Ansatzes von Hall/Soskice (2001) zu den Spielarten des Kapitalismus ausgewählt. Dabei wurde jedoch weniger auf die unternehmerischen Indikatoren abgestellt als auf korrespon-

dierende Dimensionen auf der Makroebene.<sup>4</sup> Ergänzend wurden weitere Indikatoren hinzugenommen, die Ergebnisse der wohlfahrtsstaatlichen Interventionen abbilden.<sup>5</sup> Darüber hinaus wurden das *Wirtschaftswachstum* als prozentuale Veränderung zum Vorjahr sowie die *Gesamteinnahmen des Staates* in Prozent des BIP einbezogen.

Abbildung 1 verdeutlicht, wie sich sowohl Deutschland wie auch Dänemark relativ zu den anderen EU-15-Staaten verhalten. Gleichzeitig wird die Veränderung dieser relativen Position über die Zeit verdeutlicht. Anders als beim unmittelbaren Vergleich der jeweiligen Werte, wird bei dieser Methode berücksichtigt, dass sich zwischen 2000 und 2009 die allgemeinen ökonomischen Rahmenbedingungen für die europäischen Staaten verändert haben, sei es durch die Osterweiterung der EU, die Rolle der BRICS-Länder<sup>6</sup> oder die zunehmende globale Arbeitsteilung.

Es zeigt sich, dass Dänemark von 2000 bis 2009 in den meisten Dimensionen eine Position im oberen Drittel bewahren konnte. Bei den Lohnstückkosten konnte Dänemark 2009 ein höheres Wachstum verzeichnen, was verdeutlicht, dass der Aufschwung nach der Krise sich auch beim Faktor Arbeit niederschlug. Hier konnte Dänemark daher seine Position verbessern, ebenso beim Wirtschaftswachstum, sodass Dänemark, so heftig es von der Krise getroffen worden war, diese auch schnell wieder überwinden konnte. Ausreißer bilden die Sozialbeiträge in Dänemark. Bei diesen bildet Dänemark das Schlusslicht im EU-15-Ranking, da die dänischen Sozialleistungen nahezu ausschließlich steuerfinanziert sind. Zwar wird von einigen Autoren die Steuerfinanzierung als vorteilhafter betrachtet, da sie den Faktor Arbeit nicht belastet (Esping-Andersen 2002), doch zeigt das dänische Beispiel auch, dass die Lohnersatzraten für Personen mit mittleren und höheren Einkommen in solchen

(Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger), gemessen. Im Finanzsystem wurde der Anteil des BIP gemessen, der von Unternehmen für Bruttoinvestitionen genutzt wurde (*Unternehmensinvestitionen*). Das Ausmaß der Unternehmensinvestitionen kann als Indikator für das Engagement der Unternehmen am Standort gelten. Als Gegenstück wird die *Sparquote* der privaten Haushalte als Anteil des verfügbaren Bruttoeinkommens, der nicht für den Konsum genutzt wird, untersucht. Das private Sparen kann als Anzeichen von Unsicherheit über die Zukunft gewertet werden, folglich wurde ein Land desto schlechter gelistet, je höher sein Wert ist. Als Kennzahlen der Beschäftigtenbeziehungen wurde einerseits das Wachstum der realen *Lohnstückkosten* in Veränderung zur Vorjahresperiode gemessen, das einen Eindruck von der Beteiligung des Produktionsfaktors Arbeit an der Wertschöpfung vermitteln soll. Andererseits wurde der OECD-Indikator zur Messung der Strenge der gesetzlichen Bestimmungen zum Kündigungsschutz (EPL) als Maßstab der externen Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt genutzt. Dabei wurde der konventionellen Sichtweise gefolgt und ein Land umso besser gelistet, je niedriger der Wert des Indikators ist.

<sup>5</sup> Dazu gehört als Maßstab für Armut der Anteil der Individuen auf 1000 Personen, deren Einkommen unterhalb der *Armutsgefährdungsschwelle* von 60 % des Medianeinkommens liegt. Als Gradmesser einer an Umverteilung orientierten Politik wurde die Höhe der *Einkommens- und Vermögenssteuern* als Prozent des BIP herangezogen, sodass Länder mit einem hohen Anteil als stärker umverteilend gelten können und damit höher gelistet werden. Die Einbindung in den Arbeitsmarkt gilt als Schlüssel für soziale Teilhabe und Garant für zukünftigen Wohlstand. Je höher die *Erwerbstätigenquote*, d.h. der Anteil der erwerbstätigen Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung in diesem Alter, desto besser wird das Land bewertet. Spiegelbildlich bildet die *Arbeitslosenquote* die strukturellen (und konjunkturellen) Probleme des Arbeitsmarktes wider. Der Anteil der *Sozialbeiträge* in Prozent des BIP zeigt die Abhängigkeit des Sozialschutzes vom Faktor Arbeit. Entgegen der konventionellen Sicht werden hier jedoch hohe Beiträge nicht als schädlich erachtet, sondern als wichtiger Beitrag, um auch Versicherten mit mittleren und hohen Einkommen auskömmliche Leistungen zu gewähren.

<sup>6</sup> Dabei handelt es sich um die Länder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, die aufgrund ihrer Wachstumsraten für Finanzanleger interessant sind.

<sup>7</sup> In einem steuerfinanzierten und an pauschalen Leistungen orientierten System werden die Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit (aber auch Rente) nicht zu hoch bemessen sein können, da sonst für Geringverdiener die Leistungen über den Arbeitseinkommen liegen könnten und somit kein Anreiz zur Arbeitsaufnahme bestünde. Deshalb nehmen die Lohnersatzraten für Arbeitslose mit steigendem vorherigen Einkommen ab. Für Alleinstehende betrug in Dänemark die Nettolohnersatzrate bei Eintritt in Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 bei einem vorherigen Einkommen von 67 % des Durchschnittsarbeiters (AW) 83 %, bei 100 % des AW 60 % und bei 150 % des AW 46 %. In Deutschland lag die Ersatzrate bei 67 % des AW bei 60 %, gleichfalls bei einem vorherigen Einkommen von 100 % des AW, bei 150 % des AW sinkt sie leicht auf 57 % (OECD, Tax-Benefit-Models, 2011).

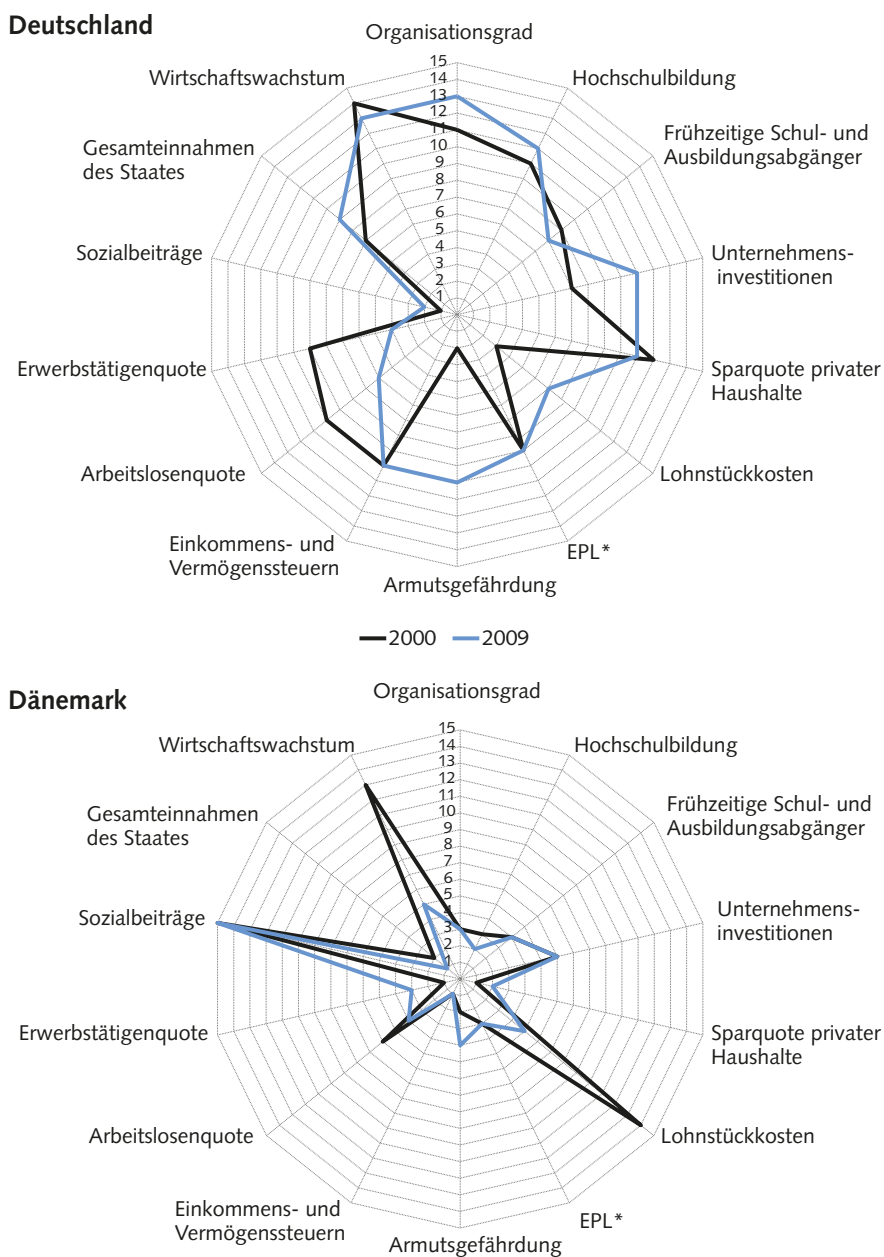
<sup>3</sup> Dabei handelt es sich um Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und das Vereinigte Königreich.

<sup>4</sup> Dabei wurde dem Bereich der industriellen Beziehungen der *gewerkschaftliche Organisationsgrad* zugeordnet, der je höher, desto besser gerankt wurde. In der Bildungssphäre wurde der Anteil der Personen mit *Hochschulbildung* in der Altersgruppe der 30–34-Jährigen sowie der prozentuale Anteil der 18–24-Jährigen, die an keiner Aus- und Weiterbildung teilnehmen und die höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben

Systemen tendenziell sinken.<sup>7</sup> Dies kann mittelfristig die Legitimität des Systems untergraben, da Besserverdienende einen größeren Anteil der Steuerlast tragen. In Dänemark muss allerdings davon ausgegangen werden, dass das umfassende soziale Dienstleistungsangebot für Kinder, Alte und Kranke sowie Bildungsinvestitionen dieses Manko ausgleichen, da von diesen die Mittelschichten ebenfalls stark profitieren. Insgesamt ist das dänische Bild durch eine große Homogenität geprägt, weil es eine hohe Arbeitsmarktpartizipation mit hoher gewerkschaftlicher Organisation, einem hohen Bildungsstand und einem umverteilenden Wohlfahrtsstaat (Spitzenreiter bei den Einkommens- und Vermögenssteuern, niedrige Armutsgefährdung) realisiert.

Das Bild für Deutschland ist deutlich heterogener, was als Spiegel der Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen und einer fehlenden Kohärenz interpretiert werden kann. Deutschlands relative Position hat sich bei sechs von 14 Indikatoren im Vergleich der Jahre 2000 und 2009 sogar verschlechtert, obwohl Deutschland das europäische Land ist, dass von der großen Rezession am wenigsten getroffen schien. Eine Verschlechterung der Position vollzog sich vor allem bei den Indikatoren, die einstige Stärken des „Modell Deutschland“ betrafen: wie die Bedeutung des Faktors Arbeit (von Rang 3 auf 7), die Armutsgefährdung (von Rang 2 auf 10), der gewerkschaftliche Organisationsgrad (von Rang 11 auf 13) sowie die Gesamteinnahmen des Staates (von Rang 7 auf 9) (Abbildung 1). Der Rückzug des Staates aus der Wohlfahrtsproduktion sowie die Ausdifferenzierung der Lohnstruktur (nach unten) waren von der Politik bewusst gesteuert worden, um die Arbeitslosigkeit und das Staatsdefizit zu bekämpfen. Tatsächlich konnte sich Deutschland sowohl bei der Erwerbstätigenquote als auch der Arbeitslosenquote verbessern. Anders als in Dänemark spielte auf diesem Weg Bildung keine Schlüsselrolle. Was den Anteil der Personen mit Hochschulbildung betrifft, verschlechterte sich Deutschland sogar von Rang 10 auf 11. Der Beitrag von *Vester* (in diesem Heft) zeigt, dass bei differenzierter Betrachtung der beruflichen Bildungsstrukturen die Daten auch für Deutschland eine zwar sichtbare, aber doch im internationalen Vergleich deutlich gebremste Bewegung in Richtung höherer Qualifikationen vollziehen.

**Abb. 1: Relative Position von Deutschland und Dänemark im EU-15-Vergleich in zentralen wohlfahrtskapitalistischen Dimensionen 2000 und 2009**



\* OECD-Indikator zur Messung der Wirkungen des Kündigungsschutzes.

Anmerkung: Zu den gerankten 15 Ländern vgl. Fußnote 3; zur Operationalisierung vgl. Fußnoten 4 und 5.

Quelle: Eurostat 2011.

WSI MITTEILUNGEN

Auch in Deutschland stellen die Sozialbeiträge einen Ausreißer dar, da Deutschland hier seine Spitzenposition bewahren konnte. Gleichzeitig gilt auch hier – wie für Dänemark –, dass die Einseitigkeit der Finanzierung des Sozialschutzes durchaus als problematisch zu bewerten ist. Denn gleichzeitig wurden in Deutschland neue Beschäftigungsformen gefördert, die die Sozialversicherungs- und damit Beitrags-

pfligt umgehen, wie die sogenannten Minijobs und bestimmte Formen der Solo-selbstständigkeit. In Deutschland wurden folglich in einigen Dimensionen erhebliche Veränderungen in Gang gesetzt, während in anderen Bereichen, wie der Organisation der sozialen Sicherung, gleichzeitig institutionelle Beharrungskräfte wirkten.

Der deutsche Flexibilisierungspfad, der, passförmig mit den Anforderungen einer



Wirtschaftsstruktur, die hohe und spezialisierte Qualifikationen erfordert, auf internen Formen der Flexibilisierung durch Arbeitszeitanpassungen basiert, wurde durch gegenläufige Politiken gestört. Dazu zählen insbesondere die Schaffung eines Niedriglohnsektors durch Förderung bestimmter Beschäftigungsformen und die Deregulierung von Leiharbeit. Hinzu kommt eine Arbeitsmarktpolitik, die die schnelle Vermittlung in jedwede Arbeit vor strukturelle Anpassungen durch Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen stellte.

## 4 Fazit

Ausgehend von den erfolgten Veränderungen zeigt sich, dass in beiden Ländern erhebliche Verschiebungen stattgefunden haben und die Suche nach einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell noch nicht als abgeschlossen gelten kann. In Deutschland existieren zwei potenzielle Entwicklungspfade, der liberale Pfad, der Wachstum auf der Basis sozialer Ungleichheit erzielt, oder ein neues Wachstumsmodell, wie von *Hübner* (in diesem Heft) skiz-

ziert. Eine solche ökonomische Entwicklung würde, wie in den Beiträgen von *Vester* und *Hübner* gezeigt, stärkere Bildungsinvestitionen erfordern, um die Wachstumsdynamik zu fördern, die auf den hochtechnologisierten erfolgreichen Exportindustrien fußt. In Deutschland sind dazu weitere politische Weichenstellungen nötig, um den Trend zur Höherqualifizierung stärker als zuvor zu fördern und die wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen (Betreuung und Pflege, Bildung sowie Gesundheit) zum Nutzen der breiten Bevölkerung auszubauen.

In Dänemark konnten auf Basis der gewachsenen institutionellen Struktur als Mischtyp zunächst die Folgen des sozio-ökonomischen Wandels besser aufgefangen werden. Anders als von Kritikern befürchtet, wurde dieser traditionelle Pfad unter der liberal-konservativen Regierung trotz einzelner gegenläufiger Reformen (wie die Öffnung gegenüber privaten Anbietern, die „Work-first“-Strategie in der Arbeitsmarktpolitik und Steuersenkungen) nicht verlassen. Doch angesichts der fortwährenden Notwendigkeit, die wirtschafts-, fiskal- und beschäftigungspolitischen Folgen der großen Wirtschaftskrise zu bearbeiten, muss sich das dänische Modell in Zukunft noch weiter beweisen. Die im Flexicurity-

Modell eingebettete externe Flexibilität hat in der Krise zu einer hohen Reaktivität des Arbeitsmarktes und folglich einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Das Modell hat sich daher erst dann bewährt, wenn es nun ebenso schnell gelingt, die Beschäftigung wieder aufzubauen.

Dänemark gilt vielen ungeachtet dessen nach wie vor als Vorbild für die weitere Sozialstaatsentwicklung in Deutschland. Dabei wird insbesondere die Umsteuerung hin zu mehr Steuerfinanzierung gefordert als Instrument einer stärker umverteilenden wohlfahrtsstaatlichen Politik. Bei ansonsten unveränderter institutioneller Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung dürften die zu erwartenden Effekte gering ausfallen. Denn wie gezeigt, sind die monetären Sozialleistungen nur ein Teil des an Erwerbsbeteiligung, Höherqualifizierung und homogenen Einkommensstrukturen orientierten Modells. Für die deutsche Reformdebatte erscheinen vor diesem Hintergrund Lösungen, die stärker am Sozialversicherungspfad orientiert sind und gleichzeitig eine bessere Verteilung der Solidarlasten und eine Ausweitung des Versicherungsschutzes auf alle Erwerbstätigen ermöglichen, zielführender als das Schielen auf das skandinavische Modell.

## LITERATUR

**Aho, S./Berglund, T./Furåker, B./Madsen, P. K./Nergaard, K./Rasmussen, S./Virjo, I.** (2010): Labour Market Mobility in Nordic Welfare States, Nordic Council of Ministers, TemaNord (2010:515), Copenhagen  
**Albert, M.** (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt a. M. et al.

**Auer, P./Cazes, S.** (2003): The Resilience of the Long-Term Employment Relationship, in: Auer, P./Cazes, S. (Hrsg.): Employment Stability in an Age of Flexibility: Evidence from Industrialized Countries, International Labour Office, Geneva, S. 22–58

**Berlingske Tidende** (2011): Vælgernes dagsorden 1998–2011, <http://www.b.dk/politiko/vaelgernes-dagsorden-1> (letzter Zugriff 15.09.2011)

**Bogedan, C.** (2009): Mehr als Flexicurity. Lehren aus der dänischen Arbeitsmarktpolitik, in: Seifert, H./Struck, O. (Hrsg.): Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – Kontroversen um Effizienz und Sicherheit, Hamburg, S. 267–285

**Bogedan, C./Jobelius, S./Turowski, J.** (2007): Praxis der Sozialen Demokratie. Auf unterschiedlichen Wegen zum gleichen Ziel?, in: Beck, K./Heil, H. (Hrsg.): Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. Lesebuch zur Programmdebatte der SPD, Berlin, S. 192–199

**Bogedan, C./Rasner, A.** (2008): Arbeitsmarkt x Rentenreform = Altersarmut?, in: WSI-Mitteilungen 61 (3), S. 133–138

**Bredgaard, T./Larsen, F.** (2007): Implementing Public Employment Policy: What happens when Non-Public Agencies takes over?, in: International Journal of Sociology and Social Policy 27 (7/8), S. 287–301

**Bredgaard, T./Larsen, F./Madsen, P. K.** (2005): The flexible Danish labour market. A review, Aalborg Universitet, CARMA research paper (2005:01), Aalborg

**Campbell, J. L./Pedersen, O. K.** (2007): The Varieties of Capitalism and Hybrid Success: Denmark in the Global Economy, Comparative Political Studies, S. 307–332

**Doogan, K.** (2009): New Capitalism? The Transformation of Work, Cambridge

**Ebbinghaus, B./Göbel, C./Koos, S.** (2011): Social capital, „Ghent“ and workplace context matter: Comparing union membership in Europe, in: European Journal of Industrial Relations 17 (2), S. 107–124

**Esping-Andersen, G.** (1990): The Three Worlds of Welfare Regime, Princeton

**Esping-Andersen, G.** (2002): Towards the Good Society, Once Again?, in: Esping-Andersen, G./Gallie, D./Hemerijck, A./Myles, J. (Hrsg.): Why We Need a New Welfare State, Oxford, S. 1–25

**Hall, P./Soskice, D.** (2001): Varieties of Capitalism, Oxford

**Heintze, C.** (2007): Der Staat als Arbeitgeber im skandinavisch-deutschen Vergleich. Empirische Befunde und theoretische Anmerkungen, in: Berliner Debatte Initial 18 (3), S. 79–94

**Ibsen, C. L./Andersen, S. K./Due, J./Madsen, J. S.** (2011): Bargaining in the crisis – a comparison of the 2010 collective bargaining round in the Danish and Swedish manufacturing sectors, in: Transfer: European Review of Labour and Research 17 (3), S. 323–339

**Jochem, S.** (2011): Skandinavische Arbeits- und Sozialpolitik. Vorbilder für den vorsorgenden Sozialstaat. Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

**Jørgensen, H.** (2011): Danish „Flexicurity“ in Crisis – Or Just Stress-tested by the Crisis. International Policy Analysis, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

**Linke-Sonderegger, M.** (2009): Aktivierung statt passive Leistung. Der Wandel der dänischen Arbeitsmarktpolitik seit 1990, Frankfurt a. M.

**Logeay, C./Herzog-Stein, A.** (2009): Makroökonomische Effekte des Kündigungsschutzes auf das Niveau der Arbeitslosigkeit, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK Policy Brief November, Düsseldorf

**Madsen, P. K.** (2007): Dänemark – Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigungsergebnisse. Von den Nachbarn lernen: Expertisen im Auftrag des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn

**Manow, P.** (2002): „The Good, the Bad, and the Ugly“. Esping-Andersens Wohlfahrtsstaatstypologie und die konfessionellen Grundlagen des westlichen Sozialstaats, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54 (2), S. 203–225

**Munkøe, M. M.** (2011): Political Change in Denmark? Outlook on the Snap Elections in September 2011, International Policy Analysis, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

**Nannestad, P./Green-Pedersen, C.** (2008): Keeping the Bumblebee flying. Economic Policy in the welfare State of Denmark, 1973–99, in: Albæk, E./Eliaison, L. C./Nørgaard, A. S./Schwartz, H. M. (Hrsg.): Crisis, Miracles, and Beyond, Aarhus, S. 33–74

**Obinger, H./Starke, P./Moser, J./Bogedan, C./Obinger-Gindulis, E./Leibfried, S.** (2010): Transformations of the Welfare State. Small Countries, Big Lessons, Oxford

**Schmitt, J.** (2011): Labor Market Policy in the Great Recession. Some Lessons from Denmark and Germany, Center for Economic and Policy Research, Washington

**Schwartz, H. M.** (2001): The Danish „Miracle“. Luck, Pluck, or Stuck? Comparative Political Studies 34 (2), S. 131–155

**Starke, P./Obinger, H./Castles, F. G.** (2008 ): Convergence towards where: in what ways, if any, are welfare states becoming more similar?, in: Journal of European Public Policy 15 (7), S. 975–1000

**Statistisches Bundesamt** (2010): Personal des öffentlichen Dienstes, Fachserie 14 Reihe 6, Wiesbaden

**Windolf, P.** (2005) (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), Sonderheft 45, Wiesbaden